



STREIKBEREIT

Die Gewerkschaft ver.di mobilisiert die Mitarbeiter*innen des Einzelhandels zu Streiks gegen Unternehmer*innenpläne.

► Seite 3



BUNDESWEHR

Immer mehr Schulen erteilen Bundeswehrbesuchen eine Absage. Wie sieht es an den Universitäten aus?

► Seite 4/5

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:

► www.akduell.de

Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge

Die Stadt Essen plant ein neues Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen. In einer Verwaltungsvorlage erklärt die Stadt, dass Neuankömmlinge statt Bargeld in Zukunft nur noch Sachleistungen erhalten sollen – eine Entmündigung, gegen die Menschenrechtsorganisationen seit Jahren kämpfen. Außerdem soll die Privatsphäre der häufig durch ihre Erlebnisse traumatisierten Flüchtlinge eingeschränkt werden, indem sie zur Erstaufnahme in einer Großunterkunft untergebracht werden. Am Dienstag (nach Redaktionsschluss) wollte Sozialdezernent Peter Renzel (CDU) die umstrittene Vorlage in des Sozialausschuss des Rates der Stadt einbringen. Der Essener Flüchtlingsrat protestiert gegen die Pläne.

Das Antirassismus-Telefon Essen nennt das Konzept einen „gezielten Versuch, Roma aus Serbien und Mazedonien besonders schlecht zu behandeln und dies durch unterschweligen Rassismus zu rechtfertigen.“ Tatsächlich begründet Peter Renzel die geplanten Verschlechterungen mit einem Bedrohungsszenario: „Wenn wir nicht handeln, kommen jedes Jahr bis zu 150 Asylbewerber mehr“, wird der Sozialdezernent in der WAZ zitiert.

Flüchtlinge, die nach Ansicht der Behörden „absehbar ausreisepflichtig“ sind, vor allem Roma, sollen laut dem neuen Konzept in eine zentrale „Erstunterbringungseinrichtung“ verbracht werden, also in ein Sammellager, in dem noch niedrigere Standards gelten als in anderen Flüchtlingsunterkünften. Dort müssen sie die das erste Vierteljahr bleiben. Wer zum zweiten Mal einen Asylantrag in Deutschland stellt, also einen sogenannten Folgeantrag, soll sogar sechs Monate unter den sehr



beengten Verhältnissen leben müssen. Flüchtlinge hingegen, deren Verfahren nach Meinung der Behörden bessere Aussichten auf Erfolg haben, werden in Übergangsheime und später in Privatwohnungen vermittelt. Eine problematische Verschiebung der Verantwortlichkeiten: „Es liegt nicht im Kompetenzbereich der Sozialämter und Ausländerbehörden, vor dem eigentlichen Verfahren zu entscheiden, welcher Antrag Aussichten auf Erfolg hat“, sagt Inka Jatta vom Essener Flüchtlingsrat. „Zwar haben die wenigsten Folgeanträge eine Chance, aber es gibt auch Fälle, in denen Flüchtlinge auf anderen Wegen den Aufenthaltstitel bekommen.“

Holzbaracken und Klassenräume

Als Sammellager für ankommende Geflüchtete ist das Übergangsheim an der Worryingstraße in Burgaltendorf vorgesehen. Dabei handelt es sich um alte und sanierungsbedürftige Holzbaracken. Flüchtlingsinitiativen kritisieren das: „Ein Problem ist, dass das Heim weit ab in einem Gewerbegebiet liegt und

es in unmittelbarer Nähe keine Einkaufsmöglichkeiten gibt“, so Inka Jatta vom Flüchtlingsrat. Sollten die 120 Plätze an der Worryingstraße belegt sein, sollen in der umgebauten ehemaligen Dilldorfschule in Kupferdreh noch einmal 80 Flüchtlinge auf engstem Raum zusammen leben: In Klassenräumen, die lediglich durch Stellwände abgetrennt sind.

Faktische Entmündigung

Darüber hinaus will die Stadt die Lebensbedingungen in den beiden Heimen drastisch verschlechtern: „In Zukunft können sich die Flüchtlinge hier nicht mehr selbst versorgen dürfen, sondern bekommen Sachleistungen. Das heißt, dass statt Bargeld auszuzahlen eine Cateringfirma angestellt wird, die in einem Container dreimal am Tag Essen zubereitet“, sagt Jatta. „Damit findet faktisch eine Entmündigung der Asylsuchenden statt, da sie von Entscheidungen des alltäglichen Lebens ausgeschlossen werden“, so Pro Asyl in seiner Stellungnahme.

Der Flüchtlingsrat befürchtet zudem, dass die im Heim an der Worryingstraße untergebrachten weiteren Drangsalierungen ausgesetzt werden könnten: „Das Gelände soll von einer Sicherheitsfirma rund um die Uhr überwacht werden“, so Jatta. Auch die anderen Heime sollen von privaten Security-Firmen kontrolliert werden, allerdings nur „nach Bedarf“ – über den natürlich die Behörden entscheiden. „Das Konzept richtet sich gezielt an Folgeantragsteller, die besonders schlecht behandelt werden“, sagt Jatta. „Sie bekommen weniger Geld und ihre Lebensbedingungen verschlechtern sich deutlich“, so Jatta.

Mit einem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung im vergangenen Jahr dazu gezwungen, die bisher verfassungswidrig niedrigen Leistungen für Flüchtlinge zumindest etwas zu erhöhen. „Dabei hat das Gericht festgelegt, dass die Höhe an die Hartz IV Sätze angepasst werden muss – aber nicht über die Art der Leistung entschieden“, so Jatta. Seit dem Urteil hätten sich viele Kommunen bewusst für Barauszahlungen und gegen die entmündigenden Sachleistungen entschieden, da sie mit den durch das Urteil vorgeschriebenen „Taschengeldern“ günstiger. Die Stadt Essen gehört zu den wenigen Kommunen, die jetzt den umgekehrten Weg einschlägt.

Der Vorstoß der Stadt Essen, die sowieso schon prekäre Situation von Flüchtlingen bewusst weiter zu verschlechtern, könnte überregionale Konsequenzen haben: „Viele Kommunen verfolgen das, was in Essen passiert, natürlich äußerst interessiert“, sagt Jatta. Das Ergebnis der Sozialausschuss-Sitzung vom Dienstag lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor. Aktuelle Informationen erhält ihr deshalb auf www.akduell.de. [mac]

DER EKELBARON MELDET SICH ZU WORT



Bilder einer Ausstellung

Die Religion und die Kunst bestehen im Kern aus einer Unterscheidung zwischen dem Gewöhnlichen und dem Erhabenen. Während Religion hier allerdings gleichförmige Rituale bemüht, um das Heilige vom Profanen zu trennen, geht es in der Kunst vielmehr um das individuelle Genie, das im Werke sichtbar wird. Während Religion also einer Masse bedarf, die sie trägt, kann Kunst nur gedeihen, wo sie Exklusivität und Einzigartigkeit herstellt.

In heutigen Museen und Galerien allerdings kann hiervon nicht die Rede sein. Es gibt kaum einen beschämenderen Anblick, als die Werke alter Meister in öffentlichen Museen einem Pöbel überantwortet zu sehen, der nur den Kitsch und die Derbheit zu schätzen weiß. Einkaufstüten tragend drängt der Bürger sich durch die Gänge und bemerkt, dass er dieses Bild ebenfalls hätte malen können und er auf jenem ein Geschlechtsteil erkennen könne.

Es ist wie mit der Institution der Universität, die langsam aber sicher zu Grunde geht, seitdem sie den Massen geöffnet wurde. Pop-Science wird heute multipel wählbar in unzähligen Kopien an den Studenten gebracht, wie einst Warhol die Kunst als erster konsequent bürgerlich begriff und auf massenkompatiblen Kitsch reduzierte.

Eine Freiheit der Kunst, wie sie erstrebenswert ist, heißt zu allererst eine Freiheit der Kunst von diesen Massen. Zensur kann hier nur hilfreich sein, eine Offenheit im Denken herzustellen, die im Wettbewerb bloß unterdrückt würde.

**Hochachtungsvoll,
Friedrich von Einhalt**

10 Jahre AKZ, 10 Jahre Freiraum

Am vergangenen Samstag feierte das Alternative Kulturzentrum eRecklinghausen sein 10-jähriges Bestehen. Dort wo 2003 noch die einfache Rockerkneipe „Southern“ war, hat sich vor einer Dekade ein autonomes Zentrum entwickelt und bis heute etabliert. Neben den wöchentlichen Veranstaltungen fand nun ein Sommerfest im Recklinghäuser Süden zur Feier des AKZ-Geburtstags statt, das nicht mit seinem Programm geizte.

Von veganem Barbecue über Lesungen verschiedener Autor*innen bis zu einer Reihe an Live-Acts hat das AKZ an seinem 10-jährigen am letzten Wochenende ein Programm aufgeföhrt, das für jeden etwas zu bieten hatte. Auf zwei Bühnen in Garten und Hof konnten Besucher*innen einfach nur der Musik von Mayak, Andaluca, Messer und weiteren Bands gelauscht oder auch selbst kreativ werden. Neben einem Batik-Workshop, der den Besuchern zu mehr als erschwinglichen Preisen die Möglichkeit gab, sich ihr eigenes buntes Shirt zu kreieren gab es außerdem Attraktionen wie eine Hüpfburg und Dosenwerfen.

„Wir suchen immer neue Besucher, neue Ideen, und Leute, die sich beteiligen wollen.“

„Unser Sommerfest war wie erhofft gut besucht“, so Stanislav Otremba, der schon seit acht Jahren im AKZ aktiv ist. „Wir suchen immer neue Leute, die unser Zentrum besuchen, neue Ideen mitbringen, selbst aktiv werden und sich an Veranstaltungen aus dem Programm beteiligen. Außerdem ist es uns sehr wichtig, dass die Leute zu schätzen wissen, dass wir das Zentrum komplett autonom in die Welt gerufen haben, um einen Freiraum für alle zu schaffen. Dass so etwas nicht selbstverständlich ist sieht man zu Genüge an den Schließungen anderer Zentren.“

Um mehr über das AKZ zu informieren wurden extra Infohefte für das Sommerfest auf



Foto: sabi

der König-Ludwig-Straße im Recklinghäuser Süden gedruckt. „Hinter dem Alternativen Kulturzentrum steht der Wunsch nach einer Einrichtung, die selbstverwaltet, unkommerziell und parteiunabhängig ist und allen Menschen offenstehen soll, die sich für unabhängige Kultur und Politik interessieren oder sich auf kultureller und politischer Ebene selbst verwirklichen wollen“, beschreibt sich der Verein darin.

**Konzerte, Tofuclub,
Katerfrühstück und Vieles
mehr**

„Ich finde es unglaublich, dass ein so etabliertes Zentrum damals nur durch einen Freundeskreis entstanden ist, der einfach die Initiative ergriffen hat“, so Sarah Langner, die regelmäßig die vegane Volkküche im AKZ besucht. „Der Tofuclub bietet seit Jahren wöchentlich vegane Gerichte an und in der langen Zeit hat sich, so weit ich mich erinnern kann, noch nie ein Gericht im Speiseplan wiederholt. Dazu kommen dann natürlich noch der unschlagbare Preis, der gute Geschmack und dieses gemütlich abgefückte Ambiente.“

Die vom Tofuclub zubereiteten Speisen werden zum reinen Selbstkostenpreis angeboten und alle Menschen, die mitkochen, tun dies unentgeltlich, um anderen den Gedanken nahezubrin-

gen, dass ein Leben und Genießen ohne tierisches Leid möglich ist. „Der wöchentliche Tofuclub finanziert sich nur durch sich selbst, der Gewinn von gelegentlichem Catering auf Festivals und Konzerten fließt vollständig ins AKZ“, sagt Stanislav Otremba, der sich im Zentrum hauptsächlich für den veganen Club einsetzt. Alle paar Wochen gibt es dann zusätzlich sonntags das beliebte Katerfrühstück, einen Brunch, natürlich auch vegan und wie immer mit guter Musik und netten Leuten.

Höhen und Tiefen

Die Finanzierung des Alternativen Kulturzentrums funktioniert allein durch Mitgliedsbeiträge und Spenden, sowie den Erlös aus Eintrittsgeldern für Konzerte und dem Getränkeverkauf. „Wir sind natürlich auf unsere Besucher und die Spenden angewiesen, deswegen kam es auch schon mal dazu, dass es für uns knapp geworden ist. Umso stolzer bin ich, dass wir trotz Höhen und Tiefen weiterhin existieren“, so Stanislav. Auf Profit ist hier niemand aus. Gegründet wurde das AKZ, um einen Freiraum zu schaffen, in dem sich alle wohlfühlen sollen und der jenseits von Sexismus, Rassismus, Homophobie, Antifaschismus, Antisemitismus, Xenophobie und andere Art von Diskriminierung liegt. [sabi]

Streiks und Widerstand im Einzelhandel

Die Arbeitgeber*innen im Einzelhandel haben die Manteltarifverträge aufgekündigt, die fast alle Aspekte des Arbeitsalltags von Mitarbeiter*innen regelt. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) plant nun Widerstand und Streiks gegen die auf Gewinnmaximierung ausgerichteten „Modernisierungsvorschläge“.

Nach dem Scheitern der ersten Verhandlungsrunde, bei der die Arbeitgeber*innen auf der Aufkündigung des Manteltarifvertrags beharrten, hat Verdi für die kommenden Tage Warnstreiks angekündigt. Ver.di NRW fordert für 462.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie 231.000 geringfügig Beschäftigte der Branche 6,5 Prozent mehr Gehalt, die Beibehaltung des Manteltarifvertrags und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 140 Euro. „Die Tarifrunde im Einzelhandel wird eine der härtesten dieses Jahr“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

In der Branche ist prekäre Arbeit weit verbreitet und viele Beschäftigte können bereits heute kaum von ihrem Gehalt leben. Die Aufkündigung der Manteltarifverträge könnte für die Beschäftigten Gehaltseinbußen von bis zu 400 Euro bringen. Die Essener Gewerkschaftssekretärin Vera Winnemund spricht daher von „deutlichen Verschlechterungen, die die Arbeitgeber*innen als Modernisierung verkaufen wollen.“ So sieht der Vorschlag der Arbeitgeber*innen vor, dass die Beschäftigten zum Beginn des kommenden Monats 2,5 Prozent mehr Gehalt bekommen und Mitte des zweiten Quartals im kommenden Jahr weitere 1,5 Prozent, im Gegenzug soll Einschnitte bei Zuschlägen für Abend- und Nachtarbeit sowie flexibleren Arbeitszeiten in Kauf genommen werden.

Unzufriedene Mitarbeiter*innen und niedrige Löhne

Eine vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführte Studie ergab, dass die



ver.di-Jugend streikt für Anerkennung, bessere Löhne und Übernahme. (Foto: UweHicksch/flickr.com/ CC BY-NC-SA 2.0)

Verkäufer*innen im Durchschnitt Brutto nur 1890 Euro verdienen. 12 Prozent verdienen sogar weniger als fünf Euro pro Stunde, darunter viele Jugendliche und junge Erwachsene, die ihr Konto durch Teilzeitjobs aufbessern wollen. Obwohl im Einzelhandel nur rund 30 Prozent der Angestellten männlich sind, verdienen diese deutlich mehr. Ein männlicher Verkäufer verdient im Durchschnitt 2010 Euro, eine Verkäuferin 180 Euro weniger. Die Geschlechtergerechtigkeit zeigt sich auch bei den Teilzeitarbeitsstellen während „nur“ 10 Prozent der Männer in Teilzeit arbeiten, liegt der Anteil unter Frauen bei fast 60 Prozent.

„Unsere Daten zeigen eine große Unzufriedenheit der Beschäftigten mit ihrem Einkommen“, erklärt daher WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck: „62 Prozent der Befragten geben an, dass sie mit ihrer Bezahlung überhaupt nicht zufrieden bzw. eher unzufrieden sind.“ Diese Unzufriedenheit dürfte deutlich größer werden, wenn die Arbeitgeber*innenseite mit ihren Plänen Erfolg hätten. „Wir werden

keinem Abschluss zustimmen, der eine Kündigung des Manteltarifvertrags beinhaltet“ machte Winnemund deutlich.

Marktmacht weniger Großkonzerne

Den Einzelhandel beherrschen in Deutschland immer weniger Unternehmen, in den letzten Jahren ist der Anteil der Kleinunternehmen deutlich zurückgegangen. Den Markt für Lebensmittel beherrschen in Deutschland 30 Großkonzerne, die auf sich 97,5 Prozent des gesamten Umsatz vereinen, eine der höchsten Konzentrationen in Europa. Die starke Konzentration hat zu steigendem Druck und Entlassungen von Mitarbeiter*innen geführt, weswegen der Stress der Angestellten in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, wie die Studie des WSI herausfand. In dieser Situation wollen die Unternehmen „den Vernichtungswettbewerb im Handel auf Kosten des Personals verschärfen“, so ver.di Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger. Um die Macht der Beschäftigten deutlich zu machen, soll es auch an Samstagen, den

umsatzstärksten Tagen, zu Warnstreiks kommen, die auch die Tarifbindung stärken sollen. „Die Notwendigkeit von Tarifbindung zeigt der Lohnunterschied,“ wie Verdi betont. Mitarbeiter*innen in tarifgebundenen Betrieben verdienen im Durchschnitt 2.050 Euro und somit deutlich mehr als die Kolleg*innen in nicht-tarifgebundenen Betrieben. „Widerstand gegen das aktuelle Angebot der Arbeitgeber ist Pflicht“, sagt Silke Zimmer, Leiterin des Fachbereichs in NRW. Solidarität erhalten sie dafür von anderen Gewerkschaften und der Linken.

Der ehemalige Verdi-Vorsitzende in Stuttgart und heutige Bundesvorsitzende der Linken, Bernd Riexinger, richtete sich mit einem Solidaritätsschreiben an die Mitarbeiter*innen und schrieb: „Die Verdienste im Handel müssen fair sein und ausreichen, um auch künftig eine selbständige Existenz aufbauen und eine Familie ernähren zu können.“ Er betonte die Notwendigkeit eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro: „der besonders Frauen im Einzelhandel vor Armut schützen würde.“ [1]

Kein Werben fürs Sterben

Die Bundeswehr als Instrument für Frieden und Freiheit: Wer kennt sie nicht, die Erzählungen über die großen Konflikte der Geschichte, die durch militärische Interventionen befriedet wurden: Wasserbeschaffungskriege, Frauenbefreiungseinsätze und Kita-Konflikte. Öffnet man allerdings selbst die Geschichtsbücher, kommt die Wahrheit zutage: Krieg bleibt Krieg, egal wie viel Werbung die Bundeswehr an Schulen und Universitäten macht. Und Schüler*innen und Student*innen leisten Widerstand.

Kaum eine staatliche Institution in Deutschland betreibt so viel Aufwand und gibt so viel Geld für öffentliche Werbung aus wie die Bundeswehr. Seit der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land NRW und der Bundeswehr 2008 haben Jugendoffiziere das Exklusivrecht, Lehrer*innen fortzubilden und Schüler*innen über Militärpolitik zu informieren. Insgesamt arbeiten mehrere hundert „Jugendoffiziere“ in der Bundeswehr, deren Hauptaufgabe die Öffentlichkeitsarbeit ist.

Seit Ende der 1970er Jahre herrscht in Deutschland der „Beutelsbacher Konsens“: Organisationen wie die Bundeswehr, aber auch Friedensaktivist*innen, dürfen an Schulen informieren, aber nicht beeinflussen. Doch bereits seit Beginn war der angebliche Konsens ein unfairer Kampf: Den hundert professionell ausgebildeten und bezahlten Jugendoffizieren stehen zumeist ehrenamtliche Friedensaktivist*innen gegenüber. Aber immer mehr Schulen widersetzen sich den Besuchen der Bundeswehr. „Laut Schulgesetz sollen die Schüler*innen zur Friedensgesinnung erzogen werden“, sagt Joachim Schramm für das Bündnis Schule ohne

Bundeswehr NRW. Das Bündnis besteht aus NRW-weit tätigen Organisationen wie der DGB-Jugend, den Pädagog*innen für den Frieden, dem Bund der Antifaschist*innen VVN-BdA und der Linksjugend Solid.

Doch der Weg zu einer Bundeswehr-freien Schule ist lang. 2011 erreichte die Bundeswehr insgesamt mehr als 133.600 Schüler*innen auf über 5.000 Veranstaltungen. Die Kritiker*innen der Werbeeinsätze weisen darauf hin, dass dadurch die Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen bewusst beeinflusst wird: Wer mit der Selbstverständlichkeit von Militär, Auslandseinsätzen und Krieg aufwächst, stellt diese seltener in Frage.

Aachener Friedenspreis zeichnet Schulen aus

Der Aachener Friedenspreis wird seit 1998 durch die Aachener Friedensinitiative verliehen. Dabei werden Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen ausgezeichnet, die sich im Kampf um Antimilitarismus und Frieden auszeichnen. Dieses Jahr zeichnete die Initiative drei Schulen stellvertretend für alle Schulen aus, die sich gegen Bun-



Widerstand gegen Bundeswehr an Schulen.
(Foto: dielinkebw/flickr.com/ CC BY-ND 2.0)

deswehrbesuche ausgesprochen haben. Die Verleihung setzt ein Signal gegen die zunehmende Militarisierung Deutschlands. Seit dem Jugoslawienkrieg 1999, so in der Begründung für die Auszeichnung, verwandelten die deutschen Regierungen das Land zurück in eine „Kriegsnation“. Entscheidendes Element sei dabei die nötige Mobilisierung der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund wirkt es besonders wichtig, dass die Initiative den Kampf gegen die Rekrutierungs- und Mobilisierungskampagnen der Bundeswehr ausgezeichnet hat.

Die Direktorin der Hulda-Panok-Gesamtschule in Düsseldorf, einer der ausgezeichneten Schulen, hat allerdings die Preisannahme verweigert - ohne die Eltern- und Schüler*innenvertretungen oder die Schulkonferenz in die Entscheidung einzubeziehen. Ihre Begründung wirkt dabei reichlich formal: Die Direktorin behauptete, dass das Protokoll mit dem Beschluss über die Ablehnung von Bundeswehrbesuchen nicht mehr auffindbar sei. Kurz darauf änderte sich die Begründung dahingehend, ein solcher Beschluss sei nie gefasst

TIPPS & TERMINE



MITTWOCH, 17.07.

Aufstand der Würde

Seit Jahren reist Petra Rodriguez als Menschenrechtsbeobachterin nach Chiapas in Mexiko zu Gemeinden, die von Zapatisten verwaltet werden. Der Vortrag soll über die Selbstemanzipationsprojekte aufklären und die Entwicklung diskutieren.

► Ab 19 Uhr, Trotz Allem, Augusta-str. 58 in Witten

DONNERSTAG, 18.07.

Funkhaus Europa: Odysee 2013

Das Umsonst & Draussen Festival von Funkhaus Europa tourt durch das gesamte Ruhrgebiet. Musiker*innen aus ganz Europa spielen hier von Balkanbeats, zu Elektrosounds und Afrofunk für euch.

► Ab 19.30 Uhr, Stadtgarten am Ruhrfestspielhaus, Recklinghausen

FREITAG, 19.07.

Solikonzert

Punkbands unterstützen mit einem gagefreien Solikonzert das antifaschistische Bündnis „Dortmund stellt sich quer“, welches jedes Jahr die Gegendemos zu den Naziaufmärschen in Dortmund organisiert.

► Beginn 19 Uhr, Druckluft Oberhausen, Eintritt 8 Euro

worden. Trotz dieser Aussage lud die Schule die Bundeswehr zur letzten Berufsmesse wieder aus.

Zivilklausel für Hochschulen

Die erste Universität Deutschlands, die eine Zivilklausel eingeführt hat, war die Universität Bremen 1986. Im Ruhrgebiet folgte dem Beispiel bisher nur die Technische-Universität Dortmund. Die Zivilklausel in ihren unterschiedlichen Ausführungen besagt, dass die Forschung der jeweiligen Hochschule nur für zivile- und friedliche Zwecke eingesetzt werden darf. In Niedersachsen war die Zivilklausel neun Jahre lang Teil des Hochschulgesetzes: „Die Forschung in den Hochschulen dient der Gewinnung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnis, deren allgemeiner Verbreitung und praktischer Nutzung für friedliche und die natürlichen Lebensgrundlagen erhaltenden Zwecke[...]“

An vielen Universitäten Nordrhein-Westfalens setzen sich Studierende für die Einführung einer Zivilklausel an ihren Universitäten ein. Auch an der Universität Duisburg-Essen versuchen Befürworter*innen der Zivilklausel Druck auf die Universitätsleitung auszuüben: Die Linke Liste.SDS und die Grüne Hochschulgruppe haben dazu bereits mehrfach Anträge im Studierendenparlament eingereicht. Bislang konnte aber keine Zivilklausel eingeführt werden.

An der Ruhr-Universität Bochum (RUB) kam es im Juni dieses Jahres zu studentischen

Protesten, als die Bundeswehr auf der alljährlichen Bonding Jobmesse auftrat. Etwa 40 Aktivist*innen haben zunächst erfolgreich den geplanten Vortrag der Bundeswehr im Mensagebäude der RUB blockiert. Polizei, Offiziere und das Sicherheitspersonal schauten ratlos zu, wie Aktivist*innen gegen Krieg, Gewalt und Militärforschung agitierten. Nach etwa einer halben Stunde gaben die Offiziere der Bundeswehr den Versuch auf, den Vortrag doch noch zu halten. Auf den im Anschluss verteilten Flyern war die Beteiligung Bochums an militärischer Forschung aufgelistet: Bis 2010 gab die Ruhr-Universität Bochum bis zu 2,6 Millionen Euro jährlich für direkte und indirekte Rüstungsforschung aus. Zudem existiert seit einem Jahr ein Arbeitskreis „Sicherheit“, der sich für ein besseres Bild der Bundeswehr engagiert. Dem gegenüber stehen die Aktivist*innen, die kein „Werben fürs Sterben“ an der Universität dulden wollen.

Keine Bundeswehr, keine Bananen?

Anderswo schießt die Bundeswehr selbst über das Ziel der eigenen Werbestrategien hinaus. Seit einigen Wochen kursiert ein neuer Werbespot der deutschen Marine auf Youtube. Eine Mutter betritt mit ihrer Tochter einen Supermarkt. Verblüfft stehen beide vor der Obstauslage, denn anstatt Bananen finden sie nur ein leeres Regal vor. Auf der darüberstehenden Schiefertafel steht geschrieben: „Heute keine

Bananen!“. Nach dieser ersten Szene sind die Zuschauer*innen zunächst sichtlich verwirrt und ratlos: Was haben Bananen mit der deutschen Marine zu tun?

Diese Frage versucht die Bundeswehr dann in ihrem Werbespot zu beantworten: Dadurch, dass die deutsche Marine die Welthandelswege mit ihren Schiffen und Männern schützt, können wir in Deutschland leckere Bananen essen, so die Botschaft. Dass diese Aussage an den Haaren herbeigezogen ist, fällt schnell auf. Denn die Bananen kommen nicht sicher in Deutschland an, weil die Bundeswehr die Handelswege mit Gewalt freihält, sondern weil

Firmen auf beiden Seiten des Atlantiks miteinander kooperieren. Zudem: Die aktuellen Mandate der deutschen Marine befinden sich an keinem Handelsweg, der für den Bananenimport von Bedeutung wäre. Denn diese agiert aktuell hauptsächlich im Mittelmeer und vor mehreren afrikanischen Küstengebieten wie z.B. Somalia. Gleichwohl spricht aus dem Spot eine Ideologie, die wohl kaum mit dem Wortlaut der deutschen Verfassung vereinbar ist: Dass die Bundeswehr nämlich keineswegs nur zur „Landesverteidigung“ eingesetzt wird, sondern sich ganz offensiv für wirtschaftliche Interessen engagieren will. [DanKe]



Widerstandscamp gegen den größten Truppenübungsplatz in der Altmark vom 21. bis 29. Juli. (Foto: ch912/flickr.com/ CC BY-NC 2.0)

FREITAG, 19.07.

Frank Goosen: Heimat, Fußball, Rockmusik

Die Gegend, wo man herkommt oder hingehört, das Spiel Elf gegen Elf und elektrisch verstärkter Lärm mit Melodie – das sind die Themenfelder, auf denen sich Frank Goosen in Heimat, Fußball, Rockmusik bewegt.

► Ab 20 Uhr Spiegelzelt, Ardeystraße, Dortmund

SAMSTAG, 20.07.

Mölmisch Open Air

Beim Mülheimer Open Air Festival haben Freund*innen der guten Musik die Möglichkeit kostenlosem Sound von Liquid Lightnight und anderen Bands bei leckerem Bier und guten Wetter zu lauschen. Während man die Tanzlaune bei der After Show Party ausleben kann.

► Ab 13 Uhr, Freilichtbühne, Dimbeck 2a in Mülheim an der Ruhr

SONNTAG, 21.07.

Ruhr Reggae Summer

Das größte Reggae Festival des Ruhrgebiets findet vom 19.7 bis zum 21.7 statt mit dabei sind unter anderem Nosliw, Max Herre, Busy Signal, Ky Mani Marley. In Musikpausen kann an der Beach oder Pool Area entspannt werden.

► 15 Uhr am Freitag, Samstag & Sonntag 13 Uhr, Ruhrstadion

SAMSTAG, 27.07.

Juicy Beats

Bereits zum 18. Mal steigt in diesem Jahr das eintägige Festival in Dortmund. Auf einer der größten Partys im Ruhrgebiet ist diesmal mit 100 DJs, 40 Bands und 14 Floors sicherlich für jeden etwas dabei.

► Ab 13 Uhr, Westfalenpark Dortmund

Werbezone Universität

Als Studi der Uni Duisburg-Essen kann man kaum den Campus überqueren, ohne auf Werbung zu stoßen. Ob an schwarzen Brettern, Litfaßsäulen oder sogar den Mülleimern, die bunten Plakate kleben überall und gehören zur studentischen Kultur irgendwie dazu. Wenn aber die Krankenkasse schon auf dem Kaffeebecher zum Mitnehmen wirbt oder der ADAC einen zum dritten Mal in einer Woche anspricht, dann sind viele genervt. Wir haben uns zusammen mit AStA-Vertreter*innen für euch angeschaut, wer da alles die Zielgruppe Studi für sich entdeckt hat.



Endloslange Anzeigebänder am Schwarzen Brett vor der Universitätsbibliothek auf dem Campus Essen. Die bunten Plakate kleben auf dem Campus verteilt. (Foto: mac)

Die für Studis wohl noch interessanteste Werbung sind die Plakatwände und Schaukästen, die auf kommende Veranstaltungen aufmerksam machen. Wann steigt die nächste Fachschaftsparty? Wo kann ich am Wochenende hingehen? „Zuerst gibt es die Plakataflächen auf dem Außengelände, die bis jetzt noch von Fachschaften, dem AStA und externen Veranstaltungswerbungen genutzt werden“, sagt AStA-Vorsitzender Felix Lütke. Außerdem gibt es Schaukästen vom Allgemeinen Studierenden Ausschuss (AStA), Vereine wie die Evangelische Studierendengemeinde (ESG) und



Werbung auf dem Campus landet nicht nur im Müll, sondern auch auf dem Eimer. (Foto: mac)

Studentenverbindungen. Hier können sich die Student*innen sowohl über Partys als auch über politische Veranstaltungen informieren.

Auch Anzeigen von Studis für Studis, wie Wohnungsannoncen, Korrekturservices oder Möbelbörsen lassen viele vor den schwarzen Brettern ausharren. Schließlich kann Student*in hier einen großen Nutzen draus ziehen.

Kommerzielle auf dem Campus

Daneben haben aber auch kommerzielle Anbieter*innen große Flächen für sich gepachtet. Vor allem vor den vom Studentenwerk betriebenen Cafeterien und Mensen werden Leuchtkästen für Anzeigen genutzt. „Auch die Anzeige-Bildschirme vor den Mensen zeigen immer wieder Werbung, da aber meist für kulturelle Veranstaltungen. Diese Werbungen werden von einer externen Agentur geschaltet, der Campus Service in Köln, die einen Vertrag mit dem Studentenwerk geschlossen hat“, so Lütke weiter. Sogar auf den inneren Toilettentüren werden mit Plakaten Produkte angepriesen.

Andere Firmen gehen sogar noch einen Schritt weiter. Mit Info- und Vermarktungsständen boulen sie um die Gunst der Studierenden. „Wir beobachten einen immensen Anstieg der „Messe-Werbung“ im Essener Mensa-Foyer, wo teilweise drei kommerzielle Anbieter*innen gleichzeitig die Studierenden umwerben oder be-

lästigen“, kritisiert Lütke. „Wenn man dann über den Campus Essen zur Mensa läuft, zuerst von einem ADAC-Werbemenschen angesprochen wird, um dann in der Cafeteria an den Leuchtreklamen vorbeizulaufen und im Mensa Foyer blinkt die TKK und tönt mit Bewegungsspielen und Microsoft baut sein Riesen-Café auf, dann kommt man sich tatsächlich mehr wie in einer Messe, als in einer Universität vor“, sagt Lütke.

Unicum vom Campus gekickt

Besonders die kostenlos verteilten Werbetüten sind den Studierendenvertreter*innen ein Dorn im Auge: „Kommerzielle Werbung und hier insbesondere sexistische Werbung wie sie zum Beispiel beim Unicum-Verlag mit den Geschenktüten der Fall ist finden wir nicht begrüßenswert. Diese Tüten werden nämlich restriktiv nach Mann und Frau verteilt und beinhalten dann Geschenke und Zeitschriften, die stereotype Geschlechterrollen darstellen und fördern“, so Lütke. Als der AStA mit der Zustimmung von Rektorat und Senat die Unicum-Tüten abschaffen konnte, ließ das Studentenwerk einen ähnlichen Anbieter vor der Mensa zu, der weiterhin die Werbegeschenke verteilt. Unicum bringt seine Tüten derweil im Stadtgebiet unter die Studierenden.

Kurioses erlebte der AStA zuletzt bei den Wahlen zum Studierendenparlament. Es kam zu Unstim-

migkeiten mit dem Studentenwerk, das einem kommerziellen Anbieter den Vorrang gab. „In der Wahlwoche zum Studierendenparlament wurde eine Wahlurne im Essener Mensafoyer in eine nicht gut sichtbare Ecke verlegt, damit ein kommerzieller Anbieter die ausgezeichnete Fläche nutzen konnte. Das hat uns natürlich geärgert“, so Studi-Vertreter Lütke. Werbung ging vor Wahl, weil das Studentenwerk die Fläche schon Monate vorher für eine Kampagne vergeben hatte.

Gegen sexistische Werbung

Auch wegen dieses Vorfalles wird der AStA weiter gegen Kommerzielle auf dem Campus vorgehen: „Wir werden das Thema Werbung und insbesondere sexistische Werbung natürlich nicht ruhen lassen und weiter im Senat ansprechen und dem Studentenwerk unsere Beschwerden anbringen. Immerhin hat es schon etwas gebracht - so fragte uns das Studentenwerk nach unserer Einschätzung zum aktuellen Zeit Campus Cover“, erklärt Lütke. „Auch zum Thema verschobene Wahlurne wurde uns angeboten, in weiteren derartigen Fällen, in denen die Studierenden durch Werbung verdrängt wurden, die Geschäftsleitung des Studentenwerks zu kontaktieren. Es zeigt sich also, dass nur beharrliches Engagement die Situation verbessern kann, wir werden also nicht locker lassen“, so Lütke. [mac]

Schwarzes Gift in NRW

Bei der Kohleverbrennung werden giftige Chemikalien und Tonnen von Co₂ freigesetzt. Das ist bekannt. Neue Studien zeigen jetzt zudem: Auch aus den alten Zechen könnten gewaltige Mengen an Gift entweichen: Eine tickende Zeitbombe, fürchten Umweltschützer*innen. Gegen die kohlefreundliche Politik der NRW-Landesregierung hat sich inzwischen spürbarer Widerstand entwickelt.

Eine bisher unbekannte Studie des Umweltministeriums NRW hat zu Tage gefördert: Die Böden um die ehemalige Zeche Zollverein sind mit Schwermetallen, Fluoriden und Dioxin belastet – derzeit noch in geringer Konzentration. Ursache dafür scheint die Nutzung der Zeche als Sondermülldeponie zu sein. Nachdem die Essener Zeche Zollverein im Norden der Stadt 1986 stillgelegt worden war, stand die Anlage zunächst über zehn Jahre lang leer. 1995 bot sich der damaligen rot-grünen Landesregierung die Möglichkeit, Kapital aus der stillgelegten Zeche zu schlagen. Für 500 DM pro eingelagerter Tonne wurde sie zum Endlager für belastetes Wasser, Industrieasche und Klärschlamm. Jetzt scheint das verpresste Gemisch, das eigentlich verschluss sicher in Tonnen lagern sollte, auszutreten und die Böden der umliegenden Landwirte zu zerstören.

Die RAG, ehemals Ruhrpott AG, Betreiber der Zeche Zollverein, bestreitet, dass Gift aus den lagernden Fässern ausgetreten wäre. Und selbst wenn, so die RAG, wären die Chemikalien in das deutlich tieferliegende Grubenwasser geflossen und würden somit keine Gefahr für das Grundwasser und die Ackerflächen darstellen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), befürchtet dagegen, dass es zu drastischen Problemen kommen könne, sollte das Grubenwasser ansteigen.

Nicht nur Sondermüll ist giftig

19 Prozent des deutschen Stroms wurden 2012 in Kohlekraftwerken gewonnen. Einige der größten Kohlestromproduzenten haben ihren Sitz in Essen wie zum Beispiel Steag und RWE. Dabei nutzen die



Foto: Anja Vatterodt/flickr.com/CC BY-SA 2.0

Energieversorger nicht lediglich vorhandene Kraftwerkskapazitäten, sondern bauen Kohlekraftwerke weiter aus. Kohle ist nicht nur aufgrund seiner Farbe dreckig; Kohle ist giftig. Während der Verbrennung einer Tonne Steinkohle werden 2,68 Tonnen Co₂ freigesetzt, bei Braunkohle 3,25 Tonnen. Daneben setzt die Verbrennung von Kohle Tonnen von Schwefeldioxid, Stickoxide und Feinstaub frei, außerdem auch Blei, Quecksilber, Arsen, Cadmium und Nickel. Alleine in der EU führe dies zu 18.500 frühzeitigen Todesfällen, führt die Organisation Urgewalt an. Auch Flora und Fauna würden stark in Mitleidenschaft gezogen.

„Kohle Global“

NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft schreibt im Vorwort des Ausstellungskatalogs „Kohle Global“, einer Ausstellung im Ruhr Museum: „Die Stromerzeugung in Kohlekraftwerken erfüllt in den kommenden Jahrzehnten eine wichtige Brückenfunktion in der Energiewende.“ Klimaforscher*innen warnen dagegen, dass Kohlekraftwerke außerdem Gift für das Klima sind. Umweltverbände betonen, dass Alternativen wie Wasser-, Windkraft und Solarstrom bei entsprechenden Investitionen bereits heute tragfähige Alternativen darstellen würden. Daneben müssten vor allem Energiespeicher gefördert werden. Doch das sieht

Hannelore Kraft scheinbar ganz anders, getreu dem Motto: Die Kohle macht's! Selbst unter Fossilien Energieträgern zählt Kohle, neben Atomkraft, zu den umweltschädlichsten Möglichkeiten Strom zu erzeugen und wird vom Staat noch mit Milliarden subventioniert.

Anti-Kohlestrom Bewegung

In NRW rührt sich Widerstand gegen die Kohlestrompolitik der Landesregierung und die rheinischen Braunkohlegebiete. Seit fast zwei Jahren kämpft nun schon die Organisation „ausgeCO₂hlt“ gegen die Kohleverstromung: „Wir unterstützen eine konsequente, beschleunigte Energiewende.“ Dabei sollen die vorhandenen Machtstrukturen des Energiemarktes dezentralisiert werden, so die Aktivist*innen.

Neben „ausgeCO₂hlt“ hat sich in NRW ein Bündnis unter dem Namen „Aktionstage: Kohlefreies-NRW“ formiert. Die Bündnismitglieder planen für den Oktober nach den Bundestagswahlen zwei Aktionstage: Einen landesweiten und dezentralen, an dem sich jede Organisation und Einzelperson einbringen kann und einen am Tag darauf eine zentrale Kundgebung in Essen. „Es gibt viele Gründe gegen Kohle. Aber nur zwei dafür: die Profite der Stromkonzerne und die Angst vor Veränderung“, schreibt das Bündnis. Die Aktionstage sind für den 11. und 12. Oktober geplant. [Danke]

KURZMELDUNGEN

Mörder von Trayvon freigesprochen

Der weiße Täter der den unbewaffneten 17-jährigen Trayvon Martin am 26. Februar in einer kleinen Stadt im US-Bundesstaat Florida erschossen hat, wurde am Sonntag nach 16-stündiger Beratung durch eine sechsköpfige Jury freigesprochen. In der Befand sich keine afroamerikanische Person. Das Urteil sorgte in den ganzen USA für Aufregung und Wut, da am selben Tag eine afroamerikanische Frau 20 Jahre Haft erhielt, weil sie aus Angst in die Luft geschossen hatte. Demonstrant*innen warfen den US-Gerichten nach diesen nicht nachvollziehbaren Urteilen Rassismus vor. In den US-Gefängnissen ist der Anteil der afroamerikanischen Gefangenen im Verhältnis zu realen Bevölkerungszahl fast zehn mal so hoch wie der Anteil der weißen Bevölkerung.

Untersuchungsausschuss gefordert

Die Medienberichte der letzten Tage haben deutlich gemacht, dass die deutsche Regierung nicht nur Emails überwachen ließ, sondern auch über die Ausspähung durch die amerikanische NSA bescheid wusste. Linke und Grüne im Bundestag fordern nun, die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses, der die Vorfälle aufklären soll. FDP und die Union lehnen dies bisher ab und halten an Überwachungssystem fest, während die SPD sich noch nicht eindeutig positioniert hat.

Prozess gegen Jugendpfarrer König ausgesetzt

Das Strafverfahren gegen den Jugendpfarrer Lothar König wird ausgesetzt. Dieser musste sich vor Gericht gegen eine Anklage wegen Landfriedensbruches verteidigen. Bei einer antifaschistischen Demonstration in Dresden soll er außerdem zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgerufen haben. Die Staatsanwaltschaft hatte sich jedoch im Laufe des Verfahrens in Widersprüche verwickelt.

Fußball und Dreckwäsche

Seit Donnerstag läuft in Schweden die Frauen-Fußball EM und die Deutsche Nationalelf ist wie in den letzten Turnieren von Anfang an großer Favorit. Schon allein deshalb sollte auch die Damenmannschaft mal etwas mehr Aufmerksamkeit genießen dürfen. Stattdessen sorgte vielmehr der Werbespot des ZDF zur EM für große Aufregung. Nachdem in sozialen Netzwerken ein Shitstorm losgebrochen war, hat nun der Sender reagiert und einen Versuch unternommen den klischeebehafteten Spot anzupassen.



Auf Twitter und Facebook ist derzeit ein Shitstorm gegen den ZDF Spot losgebrochen. So schreibt die Userin Ina Steinbach: „Frauen, Fußball, Hausarbeit. Das ZDF heißt uns zu EM 2013 in der sexistischen Klischeehölle willkommen.“ Ein weiterer User twitterte „ZDF zur Frauenfußball-EM – Klischeebeladen und Respektlos.“

Bei der Heim-WM vor zwei Jahren bekam auch die weibliche Fußballnationalmannschaft zum ersten Mal etwas mehr Aufmerksamkeit in unserer sonst so fußballverrückten Gesellschaft. Doch es waren nur die Frauen, das Spiel dementsprechend langsamer, unspektakulärer und naja, Frauen eben. So sieht zumindest oftmals die Argumentation einiger fußballbegeisterter Männer aus, wenn sie eine Ausrede brauchen um sich vor Frauenfußball zu drücken. Dementsprechend sieht auch der TV-Spot mit dem Namen „Ball sauber in Schweden“ für die diesjährige EM aus. Star des Spots: eine Waschmaschine. Eine Spielerin locht ihren dreckigen Fußball gezielt in die Waschmaschinen-Trommel ein und kennt glücklicherweise auch den richtigen Waschgang, natürlich Leder. Immerhin. Das Gesicht der Nebendarstellerin, Aylin Yaren scheint dabei nicht interessant genug zu sein, im Gegensatz zu ihren Beinen.

Der Sender dagegen hat den Spot anfänglich noch verteidigt. ZDF-Chefredakteur Peter Frey legte in einem Interview, im ARD-Morgenmagazin nahe, es mit der Political Correctness nicht zu übertreiben. Werbung habe die Aufgabe Interesse zu erwecken und aufzufallen, diese habe der Spot schließlich erfüllt. Aufgefallen ist er ganz sicher, ob das Interesse auch für die eigentliche Sache geweckt wurde – und zwar für den Sport – ist fraglich. Seit Sonntag läuft nun trotzdem der angepasste Spot. In diesem sieht man am Ende nicht mehr die Spielerin mit übergeschlagenen Beinen auf der Waschmaschine sitzen, sondern einen Mann mit freiem Oberkörper ein Trikot bügeln. Damit dürfte der Spot jetzt wohl klischeefrei sein.

Aber was wollten uns die vermutlich eher männlichen Entwickler dieses Spots sagen? Ab und zu dürfen Frauen auch mal Männersport betreiben, aber ihr Metier bleibt eben doch die Wäsche?

Bleibt nur zu hoffen, dass den Europameisterinnen in diesem Jahr nicht wieder ein Kaffeeseerivice als Preis verliehen wird. [ttm]

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: [ASTA](#) der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.
Projektkoordination: David Freydank
Anschrift: aktuell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen
Redaktion dieser Ausgabe: Alex Grossert (aGro), Teresia Minjoli (ttm), Anna Maria Sabi (sabi), Maren Wenzel (mac), Rolf van Raden (rvr), Jules-Jamal El-Khatib (JJ), Daniel Kerekes (DanKe)
Comic: Sebastian Happ
V.i.S.d.P.: Jules-Jamal El-Khatib (JJ)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstedde
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de
Fon: 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

		8	7	9				
4		7	8					
5				6		1		
3	7	6					9	
8			1	9	7		3	
	9					2	7	4
	8		5					9
					8	5		6
			9		1	4		

HLP! #29: SEMESTERFERIEN!

